

Änderungsanträge an die Änderungsanträge des BSPR zum Leitantrag des PV zum Bundesparteitag

Antragsteller: Ursel Beck, Hans Neumann, Sascha Staničić

ZU ÄA1:

1. „schwere Eingriffe in die kapitalistische Produktionsweise“ ersetzen durch „eine Ersetzung der kapitalistischen Produktionsweise durch eine sozialistische Demokratie“
2. ab „ob es gelingt“ ersetzen durch: „ob es zu massenhaftem Widerstand, Streiks und Demonstrationen kommt und daraus die Gewerkschaften und in ihnen die linken Kräfte gestärkt werden und ob DIE LINKE nicht den Weg der Einbindung in das bürgerliche System fortsetzt. Nur wenn durch eine solche Entwicklung Regierung und Kapital herausgefordert werden, können Angriffe zurückgeschlagen werden. Auf Dauer wird dies jedoch nur durch sozialistische Gesellschaftsveränderung möglich sein.

Zu ÄA2:

1. nach „statt für Profit muss“ einfügen: „in öffentlichem Eigentum und demokratisch kontrolliert und verwaltet“

Zu ÄA4:

1. Den gesamten Änderungsantrag und die davor stehenden Zeilen 36 – 38 im Antragstext streichen und ersetzen durch:

„ Wir brauchen eine Offensive gewerkschaftlichen Widerstands und sozialer Bewegungen, um die als Folge der Wirtschaftskrise zu erwartenden Angriffe auf Löhne, Arbeitsbedingungen, soziale Sicherungssysteme und demokratische Rechte zurückzuschlagen und stattdessen Verbesserungen durchzusetzen. Das wird nur durch den Aufbau von Gegenmacht, Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten, Streiks und Massenproteste und den Aufbau einer starken sozialistischen Kraft möglich sein.

Die Regierungen der vergangenen zwei zwei Jahrzehnte – ob rot-grün, schwarz-gelb oder schwarz-rot – haben alle eine Politik gegen die Arbeiter*innenklasse betrieben: Agenda 2010, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Tarifeinheitgesetz, Militarisierung der Außenpolitik, Auslandseinsätze der Bundeswehr, Abschiebungen usw.

Begrenzte und unzureichende Zugeständnisse wie den Mindestlohn und Atomausstieg wurden nur unter Druck von Bewegungen gemacht. SPD und Grüne haben diese Politik mit ausgeführt und in den Landesregierungen mitgetragen. Es gibt keinen Grund – weder ihre reale Politik, ihre Programmatik, noch alle Erfahrungen ihres Regierungshandelns und personelle Aufstellung – anzunehmen, dass mit ihnen eine linke Politik im Interesse der Lohnabhängigen und sozial Benachteiligten, eine friedliche Außenpolitik und ein Ende des staatlichen Rassismus machbar ist. Im Gegenteil zeigen alle Erfahrungen linker Regierungsbeteiligungen mit SPD und Grünen auf Länderebene, dass dort keine qualitativ andere, linke Politik umgesetzt werden konnte. Stattdessen haben wir allzu oft Maßnahmen mitgetragen, die unseren Grundsätzen widersprechen, unsere Glaubwürdigkeit beschädigt, unsere Wähler*innenbasis und Mitgliedschaft verkleinert und das Verhältnis zu Aktivist*innen zerrüttet haben. Das darf nicht fortgesetzt werden. Einen sozialen und ökologischen Politikwechsel können wir nur von unten erkämpfen.

Aus diesem Grund erteilen wir allen Spekulationen über eine Regierungsbildung von SPD, Grünen

und LINKEN nach den Bundestagswahlen 2021 eine Absage. Veränderung beginnt mit Opposition! Eine Regierungsbeteiligung käme für uns nur in Frage, wenn linke Politik dabei heraus kommt, wenn die Macht der Banken, Konzerne und Superreichen tatsächlich herausgefordert würde, wenn sie zur Selbstorganisation und Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse und sozial Benachteiligten beitragen würde, wenn sie eine Hilfe bei der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft wäre. Mindestens müssten Maßnahmen wie die Folgenden umgesetzt werden, wenn eine sozialistische Partei sich an einer Regierung beteiligt: Einführung einer Vermögenssteuer und drastische Steuererhöhungen auf Unternehmensgewinne, die Überführung zumindest der Banken, der Daseinsvorsorge, der Verkehrsunternehmen und anderer strukturbestimmender Unternehmen in öffentliches Eigentum unter Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung, milliardenschwere Investitionsprogramme in Bildung, Gesundheit, Ökologie, Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Einführung einer armutsfesten Grundsicherung von 1200 Euro, Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro, ein Verbot von Leiharbeit und des Missbrauchs von Werkverträgen, beschleunigter Ausstieg aus der Kohleenergie, Gewährung voller Staatsbürgerrechte für alle, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben und weiteres mehr. Wer glaubt, dies sei auch nur in Ansätzen mit SPD und Grünen zu machen, ignoriert die immensen sozialen Probleme in diesem Land und die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem bürgerlichen System und seinen Parteien. Eine solche Regierungskoalition wird nicht im Ansatz linke Politik machen können und schon gar nicht Schritte unternehmen, dieses System zu überwinden.

Sollten SPD und Grüne ihre Versprechen aus dem Wahlkampf ausnahmsweise mal ernst meinen und den Mindestlohn erhöhen oder eine höhere Besteuerung der Reichen durchsetzen, können sie immer auf die Stimmen der LINKEN zählen. Wir würden auch einer Abwahl der CDU aus dem Kanzlerinnenamt nicht im Wege stehen, aber werden uns weder durch eine Koalition noch andere Verträge an prokapitalistische Parteien wie SPD und Grüne binden.

Unser Ziel ist es mit dieser klaren Ansage für sozialistische Oppositionspolitik stärkste Oppositionskraft im nächsten deutschen Bundestag zu werden.

ÄA5:

1. „des Sozialstaats“ ersetzen durch „sozialer Sicherungssysteme“

ÄA6:

1. Den letzten Satz streichen und ersetzen durch: „Deshalb sind wir Gegner*innen dieser EU und kämpfen wir für ein sozialistisches Europa im Interesse der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, Jugendlichen und Rentner*innen.“

ÄA8:

1. Den letzten Satz streichen und ersetzen durch: „Dieser Widerspruch zwischen linken Prinzipien und Regierungspolitik in Koalitionen mit prokapitalistischen Parteien ist, wie viele andere auch, nicht aufzulösen. Wir bekräftigen unsere entschiedene Ablehnung von Abschiebungen und fordern LINKE-Regierungsmitglieder in den Ländern auf, nicht gegen diesen Grundsatz zu handeln.“

ÄA10:

1. Den letzten Satz streichen und ersetzen durch: „Wir fordern die Landesverbände in Berlin,

Thüringen und Bremen auf, keine Regierungsmaßnahmen mehr mitzutragen, die den linken Prinzipien der Partei widersprechen.“